



Bundeskanzler Seipel †.

Das Werk Ignaz Seipels.

Wien. 1917 erschien das Werk eines jungen Wiens, eines homo novus in der Politik: „Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform“. Der Krieg neigte sich bereits seinem Ende zu. Die vorstehenden Kreise des Donaureiches begannen zu fühlen, daß das Erwachen der gesichtslosen Völker den Rahmen der altherwürdigen Tropfmonarchie zu prangen drohte. Sie fanden auf Hilfe und betrauteten den jungen Professor für Moraltheologie an der Universität Wien, Dr. Ignaz Seipel, mit dem Studium der österreichischen Verfassungsfragen, um zu Aus und Frommen der Kirche richtungweisend in den sichtbar werdenden Umbau der Monarchie einzutreten zu können.

Seipels Buch ebnzte ihm den Weg in die Politik, aber das Problem einer neuen Verfassung ließ ihn seither nicht mehr los. 1918, ein Jahr, nachdem Seipel sich mit seinen Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform seine bedeutende Rolle geschaffen hatte, trat er in das leite Kabinett Kainisch ein. Wenige Wochen später war die österreich-ungarische Monarchie gewesen. Ein neuer Staat, Deutsch-Oesterreich, riet ihn ans alte Werk, die Aufstellung einer Verfassung. Seipel wurde Führer der größten bürgerlichen Partei Österreichs, der Christlich-Sozialen. Er wurde Abgeordneter und erlangte dreimal die höchste Würde, die einem ausgeprochenen Parteumann zuteil werden kann, das Amt des Bundeskanzlers. Er verhalfte seinem Lande die notwendigen Kredite, überwand die gefährlichste innerpolitische Krise Österreichs, die des 15. Juli 1927, wurde gestürzt, arbeitete hinter den Kulissen weiter, alles fühl, gefüllt — der Prälat ohne Milde, hielt er — keinen theoretischen Abstand hingeben. Politik ist für ihn stets nur ein starkes System theoretischer Kombinationen gewesen, wie es am deutlichsten im Zustandekommen seines unergründlichen Werkes, des Genfer Vertrags vom 4. Oktober 1922, zutage tritt.

Als im August 1922 der wirtschaftliche Zusammenbruch der Republik Österreich drohte, trat der österreichische Bundeskanzler Seipel seine berühmt gewordene Reise nach Prag, Berlin und Verona an. In Verona bot Seipel Italien eine Währungs- und Bollution mit Österreich an, für die Italien das Land vor der drohenden Währungskatastrophe retten sollte. Ein „größeres Italien“, das sich bis zur Donau erstreckt und die Brücke zu Ungarn hätte, war mit den Interessen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens unvereinbar. Seipels Projekt hätte Mittel-Europa in schwere Verwicklungen stürzen müssen; es riet den tschechoslowakischen Außenminister Beneš auf den Plan. Beneš begann, den Gegenvorschlag zu führen. Es galt Österreich finanziell ausreichende Hilfe zu bringen und andererseits zu verhindern, daß sich das Land einer anderen Macht, Italien oder Deutschland, in die Arme werte. Als die Großmächte fünf Tage vor Seipels Reise den Völkerbund aufforderten, „die Lage Österreichs zu untersuchen“, da war dies eine kaum verhüllte Ablehnung der österreichischen Bitte um Kredit.

Als im Oktober die Protokolle von Gent unterzeichnet wurden, batte Seipel auf der ganzen Linie gesiegt. Das zwischen lag keine Reise. Er hatte ein gefährliches Spiel gespielt und alles auf eine Karte gesetzt, aber so waghalsig sein Spiel auch war, es glückte ihm. Österreich erhielt eine Anteile von 650 Millionen Goldmarken gegen die Verpflichtung, keinerlei Bindungen einzugehen, die eine wirtschaftliche oder politische Unabhängigkeit gefährdet hätten. Seipel hatte fühl bombiniert, wie nur ein genialer Schachspieler. Der Genesung Beneš war von ihm provoziert. Darüber hinaus aber war durch die Genesung Bedingung die erste Periode in der Geschichte der österreichischen Republik endgültig liquidiert, die der Anschlußbestrebungen, die von der österreichischen Sozialdemokratie in erster Linie betrieben wurden, und in der Verfassung ihren Niederschlag gefunden hatten. Der Kampf zwischen dem Deutschen und dem Österreichertum, der die junge Geschichte Deutsch-Oesterreichs erfüllt, war vorläufig zu Gunsten des Österreichertums entschieden. Der Anschluß war vertickt, man konnte sich mit einem neu gestärkten Österreichertum einer neuen Verfassung zuwenden. Die Heimwehperiode, die nun folgte, ging unter der Parole: „Verfassungsänderung.“

Die Anleihehedebatte im Wiener Nationalrat.

Ablehnung des Misstrauensantrages.

Wien. In der gestrigen Nationalratsitzung führte in der abschließenden Debatte über den Anleihevertrag der großdeutsche Abgeordnete Jarboch in einer Polemik gegen den Abgeordneten Kunisch aus, der Wortlaut der Rede Kunischs habe eine Beleidigung der deutschen Reichsregierung dar, und man hätte erwarten können, daß der Bundeskanzler oder der Präsident des Hauses auf diese Auskherung in irgendeiner Form Bezug genommen hätte. Abgeordneter Jarboch stellte die Frage, ob die Regierung die Reden der Abgeordneten Kunisch und Wagner zum Aulah genommen hätte, um der Deutschen Reichsregierung gegenüber entsprechende Erklärungen abzugeben, bzw. was sie, falls dies bisher nicht geschehen sei, in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenke. Der Redner wiederholte dann im wesentlichen die Gründe der Großdeutschen gegen den Anleihevertrag und erklärte, daß der überwiegende Teil der österreichischen Bevölkerung von der Überzeugung durchdrungen sei, daß als einzige Möglichkeit, aus dieser Not herauszukommen, der Zusammenschluß aller Deutschen in Mitteleuropa betrachtet werden müsse.

Als letzter Redner in der Anleihehedebatte hob Abgeordneter Neustädter-Stürmer gegenüber seinen sozialdemokratischen und großdeutschen Vorrednern hervor, daß der Anschluß durch die Friedensverträge verboten sei, und zwar nicht bis zum Jahre 1942 und 1952, sondern für alle Zeiten. Es sei also nicht wahr, daß der Vertrag von Lausanne oder das Genfer Protokoll den Anschluß hinausschieben, sondern der Anschluß sei eben schon durch die Friedensverträge hinausgeschoben worden. Er werde an dem Tage kommen, an dem Österreich und Deutschland die Macht hätten, ihn zu erringen, seinen Tag früher und seinen Tag später. Nach dem Gesichtspunkt, daß die Macht die Welt regiere, gebe es aber in Österreich und Deutschland nur eine Politik, und die bestrebe nicht im Phrasenkreis, sondern darin, zu arbeiten, um stark zu werden. Hierzu könne die Anleihe für Österreich nützlich sein, wenn sie als eine Atempause benutzt würde, um in dieser Atempause den wirtschaftlichen Aufbau durchzuführen. Der Redner schloß: Nationalpolitik

treibt, wer den wirtschaftlichen Aufbau ermöglicht; aber wer ihn hindert, ist ein Verräter an seinem Volk. Bundeskanzler Dr. Dollfuß erhielt hierauf das Wort zu folgender Erklärung: Ich lege Wert darauf, die erste Anfrage, die Abgeordneter Jarboch über die Ausführungen des Abgeordneten Kunisch an die Regierung gerichtet hat, unverzüglich zu beantworten. Ich habe die Ausführungen des Abgeordneten Kunisch durchaus nicht so verstanden, und sie waren auch nicht so zu verstehen, daß er der Deutschen Reichsregierung den Vorwurf gemacht hat, diese hätte Emisäre nach Österreich gelendet — eine solche Auskherung hätte ich sehr bedauert und richtiggefehlt —, sondern er hat die Deutsche Reichsregierung gebeten, Herren, die sich zur persönlichen Einführung gegen die Anleihe nach Österreich begeben hatten, zur Rückkehr zu veranlassen. Ich bedauere, daß diese Auskherung so mißverständlich interpretiert wurde, daß dadurch der Schein eines Mißverständnisses entstanden. Zwischen den Regierungen ist ein solches Mißverständnis nicht entstanden. Sie sind sich im Gegenteil noch wohlauf. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf folgte die mit großer Spannung erwartete Abstimmung über den Misstrauensantrag der Großdeutschen gegen die Regierung. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit 81:81 abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer 70 Sozialdemokraten und 9 Großdeutschen noch zwei Mitglieder des Heimatblocks, und zwar der steirische Abgeordnete Haindl und der Kärntner Heimatblockabgeordnete Ebner. Dagegen stimmten 66 Christlich-Soziale, unter ihnen bereits der Erzähm Dr. Seipel, der Wiener Bankier Bancura. Ferner stimmten 9 Pandabünder und 6 Abgeordnete des Heimatblocks, unter ihnen der Erzähm Dr. Hueber-Zolzburg. Der Anleihevertrag wurde damit dem Hauptausdruck zugeschlagen.

Bemerkenswert ist, daß der amtierende Präsident Dr. Henner (Soz.) sich an der Abstimmung nicht beteiligte, obgleich er das Recht dazu gehabt hätte.

Beileid des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers.

Wien. Reichspräsident von Hindenburg hat dem österreichischen Bundespräsidenten anlässlich des Hinschlusses des Altbundeskanzlers Dr. Seipel telegraphisch sein Beileid zum Ausdruck gebracht.

Wien. Der Reichskanzler hat an den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß folgendes Telegramm gesendet:

„Lesbewegt von der Nachricht über das Hinscheiden des Herrn Altbundeskanzlers Dr. Seipel, in dem Österreich einen seiner hervorragendsten Staatsmänner verloren, bitte ich Euer Exzellenz mein und der Reichsregierung austrophisches Beileid entgegenzunehmen.“

Desgleichen hat der Reichsaußenminister dem österreichischen Bundeskanzler sein Beileid in einem Telegramm übermittelt.

Ruf nach dem Bundesrat zum Tode Seipels.

Wien. Am Bundesrat gab gestern der Vorsitzende zu Beginn der Sitzung dem Schmerz über das Hinscheiden Dr. Seipels Ausdruck und widmete ihm einen viel empfundenen Ruf. Hierauf nahm der Bundesrat das vom Nationalrat abgeänderte, durch den Bundesrat neu vorgelegte Gesetz über die Herabsetzung des Grundkapitals von Aktienfondssellschaften an, nachdem ein gräßlich-sozialer Antrag, Einspruch zu erheben, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt worden war.

Der nationalsozialistische Bundesrat schaffte trotz überwältigender Anfrage über die Ausweitungsbefreiungen der Regierung gegenüber dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Habicht.

Ruhe in Königsberg wiederhergestellt.

Wien. Berlin. Nach den letzten amtlichen Meldungen aus Königsberg herrscht dort jetzt wieder absolute Ruhe. Die Polizei ist Herrin der Lage. Am Montag wurden allerdings Flugblätter verteilt, die zum Massenstreik und zur wehrhaften Abwehr“ des Faschismus aufforderten, die Flugblätter sind aber sofort beschlagnahmt worden und der Regierungspräsident hat auch noch weitere polizeiliche Maßnahmen ergreifen lassen, die dazu beitragen sollen, um die in der Bevölkerung herrschende Erregung zu lindern. Alle politischen Versammlungen, auch die nichtöffentlichen, sofern die Zahl der Teilnehmer eine gewisse Grenze überschreitet, sind allgemein verboten worden. Die Polizei wurde verstärkt und befindet sich in höchster Alarmbereitschaft; der größte Teil der Beamten patrouilliert dauernd im Straßendienst, der Polizeipanzerwagen zeigt sich bald hier bald dort auf den Straßen. Da in der Nacht zum Sonntag auch die Feuerwehr immer wieder grundlos alarmiert worden war, so hat sie die Anweisung erhalten, nur noch auf Anforderung der Polizei oder anderer Behörden auszurücken.

Das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung über die Attentate der Sonntag-Nacht ist sehr düstrig. Der Regierungspräsident teilt mit, die Parteien rechts und links hätten erklärt, daß sie daran nicht beteiligt seien. Es herrsche der Eindruck, als ob die Wahlnacht einer Anzahl jüngerer

radikaler Elemente Veranlassung gegeben hätte, sich an diesen Taten anlässlich des Wahlergebnisses zusammenzufinden. Ein bestimmter Verdacht könne jedoch noch nicht ausgeschlossen werden.

Inzwischen sind allerdings eine große Anzahl Personen am Dienstag verhaftet worden. Im ganzen liegen 40 Leute in Haft. Die Vernehmungen wurden mit aller Geschwindigkeit durchgeführt. Nach den letzten telefonischen Mitteilungen aus Königsberg verweigern die Täter sämtlich mit besonderer Hartnäckigkeit die Aussage über ihre Person und über ihre Parteihörigkeit. Die weiteren Ermittlungen sind nun am Dienstag der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der kommissarische preußische Innensenator Dr. Bracht läßt verlängern, sowie die Polizei mitwirke, würde alles getan werden, um die blutigen Vorgänge der Sonntag-Nacht aufzuhüllen. Im Laufe des Dienstag habe sich endlich auch der Verdacht gegen eine bestimmte politische Gruppe verdichtet. Bei der Brandstiftung an Tankstellen seien nämlich SA-Leute in Uniform gefaßt worden. Des weiteren habe ein junger SA-Angehöriger, der am Montag früh auf der Flucht von einer Polizeistreife aufgegriffen wurde, einen SA-Führer beschuldigt, an Plündereien und Gewalttätigkeiten ganz allgemein aufgefordert zu haben. Die Aussage dieses jungen SA-Mannes werde von den Nationalsozialisten in ihrer Durchschlagskraft bestreiten. Die Partei behauptet, dieser junge SA-Mann sei eine besonders unzuverlässige Verlässlichkeit. Konkrete Angaben sind sonst bei der Untersuchung noch nicht weiter zu ziehen.

In seinem Interview mit der United Preß hatte Reichskanzler v. Papen auch geäußert, die Königsberger Attentäter würden „unmittelbar abgeurteilt“ werden. Diese Erklärung wurde jedoch in einem Augenblick abgegeben, wo in Königsberg noch die grösste Unruhe herrschte. Die Erwägungen darüber, ob zur Wiederherstellung der Ruhe in Königsberg besondere Maßnahmen notwendig seien, haben jedoch wie von amtlicher Stelle erklärt wird, zu der Übereinstimmung geführt, daß die Maßnahmen der Königsberger Polizei vollkommen ausreichen, um Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Auch das Reichsinnenministerium habe sich in negativem Sinne geäußert, da die überlastenden Vorfälle der Sonntag-Nacht sich in wenigen Stunden ereignet hätten. Gegen solche Überstürzungen könne man sich auch nicht durch besondere Vollmachten für das Militär schützen.

Rückgang des Fraueneinflusses im Reichstag.

Wien. Trotzdem die Zahl der Reichstagsabgeordneten erheblich angewachsen hat, ist im neuen Reichstag ein weiterer Rückgang des Fraueneinflusses zu verzeichnen, was in der Hauptfache daran zurückzuführen ist, daß die stärkste Partei, die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, überhaupt keine Frauen als Kandidaten aufstellt. Während dem letzten Reichstag noch 39 weibliche Abgeordnete angehörten, werden es im neuen Reichstag nur noch 36 sein. Hierzu entfallen auf die Sozialdemokraten 15, auf die Kommunisten 10, auf das Zentrum 6, auf die Deutschen Nationalen 3, auf die DVP 1, auf die Panzer-Politische Partei je 1.

Das sind Tabake,

die Bulgaria Krone zu einer überragenden Ausnahmesorte machen.

Wer eine 5 Pfg.-Zigarette raucht, verlangt höchstes Aroma und eine bekommliche Milde.

Das kann nur diese Bulgaria-Mischung erreichen.

BULGARIA-KRONE 5
mit neuen historischen Fahnenbildern

